

POSTEINGANG

Zum Gastkommentar „**Preise statt Patente**“ von Joseph Stiglitz, FTD vom 16. März

Pharmapatente berechtigt

Das Grundproblem des Patentsystems beruht nicht etwa auf einer eingeschränkten Nutzung des Wissens, wie Joseph Stiglitz meint. Vielmehr stellt die zeitlich begrenzte Monopolstellung die Belohnung für die Veröffentlichung einer Erfindung dar.

Der Patentschutz erlaubt den forschenden Pharmafirmen, die erheblichen Investitionen wieder zu verdienen, die vorher in die Entwicklung von neuen Medikamenten investiert wurden. Für die arzneimittelrechtliche Zulassung eines neuen Präparats sind mehrstellige Millionenbeträge erforderlich, und das Risiko, dass das Verfahren ohne Zulassung abgebrochen werden muss, ist hoch. Wer würde also viele Millionen Euro beispielsweise in die Zulassung eines Antikörpers zur Krebstherapie investieren, wenn er nicht nachher wenigstens die Chance hätte, die Investitionen wieder zu verdienen?

Der Vorschlag, einen Preisfonds für die Entwicklung von Arzneimitteln für die Dritte Welt zu gründen, krankt vor allem an der geplanten Finanzierung. Bezahlen soll natürlich wieder der Staat, sollen also die Steuerzahler oder die Krankenversicherungen? Was hilft es aber einem an Krebs erkrankten Versicherten in Amerika oder Europa, wenn von seinen Mitgliedsbeiträgen ein Mittel zur Behandlung der Schlafkrankheit in Afrika entwickelt wird?

Ein weiteres Problem des Preisfonds ist die Entscheidung, welche Projekte gefördert werden sollen. Hier würde ein neues Betätigungsfeld für ambitionierte Politiker geschaffen. Der Vorschlag von Stiglitz mag auf humanistischen Überlegungen beruhen, praxistauglich ist er nicht.

Dr. Günter Keller, München

Zum Bericht „**Währungspoker für Häuslebauer**“, FTD vom 15. März

Keine Geldeinbußen

Wenn man den Artikel liest, könnte man glauben, man riskiere mit einem Fremdwährungskredit Kopf und Kragen. Wir kennen das seit zehn Jahren aus den österreichischen Medien. Für den Leser bringt diese Polarisierung aber nur geringen Nutzen.

Ich bin seit mehr als zehn Jahren im Geschäft mit Fremdwährungskrediten tätig. Bis heute kenne ich keinen einzigen Fall, in dem der Kreditnehmer den Kredit vorzeitig in Euro umgeschuldet hätte. Auch

in den Statistiken der Notenbank ist dies belegt. Ich kenne auch keinen Fall, in dem der Kreditnehmer einen Vermögensnachteil aus dieser Finanzierungsform gehabt hätte – wenn man davon ausgeht, dass die Finanzierungsdauer mindestens drei Jahre betrug. Im Gegenteil: Manche Gewinne sind enorm.

Viele Interessenten verfügen allerdings nicht über das nötige Vermögen. Wer diese Finanzierungsform wählt, sollte auf jeden Fall professionelle Beratung in Anspruch nehmen. Sonst sind die Risiken tatsächlich sehr hoch.

Anton Scharnagl, Groß-Siegharts, Österreich

Zum Kommentar „**Es grünt zu grün**“, FTD vom 5. März

Biosprit ist nicht Bionahrung

Der Kommentator bringt zwei Dinge kräftig durcheinander: Bioenergie und Biolandwirtschaft.

Er befürchtet beim Ökolandbau Fließbandware und sinkende Qualität zum Schaden der Umwelt. Da kann ich ihn beruhigen. Auch eine wachsende Menge „Bio“ wird nach denselben, gesetzlich festgelegten und überprüften Standards hergestellt. Diese sind für die Umwelt ein Nutzen.

Es ist zwar schon heute sichtbar, dass sich eine Differenzierung zwischen Verbands-Bio mit höheren Standards und dem nach gesetzlicher Mindestvorschrift anonym wirtschaftenden Rest ergeben wird. Desgleichen zwischen dem Naturkost-Fachhandel einerseits und den Discountern andererseits. Allerdings ist Differenzierung im Markt weder neu noch abzulehnen!

Anders sieht es bei der Bioenergie aus, die mit dem Ökolandbau nichts zu tun hat. Hier zeigen sich Fehlentwicklungen, wie die Herausbildung intensiv betriebener Monokulturen oder die Übernutzung sensibler Regenwaldgebiete, damit wir mit Palmöl-Beimischungen im Sprit über die Autobahn rasen können. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, schnellstens Standards zu schaffen, die dafür sorgen, dass aus Biosprit ein Fortschritt und nicht eine Bedrohung für die Ökologie wird.

Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, Oetzberg

LESERBRIEFE

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefe@ftd.de; per Fax: 040/31990-337 oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg, Kennwort: Leserbriefe

Von der Frage zur Antwort

Die EU steckt 50 Jahre nach den Gründungsverträgen von Rom in einer Selbstfindungskrise. Doch die erreichte europäische Alltagsidentität ist eine große Chance – vor allem in der Migrationsdebatte **VON SERGEY LAGODINSKY**

Lange Zeit war Europa für uns die Antwort. Auf Fragen der Identität, der Wirtschaftspolitik, der gemeinsamen Sicherheit antwortete man klar und gern mit diesen sechs verheißungsvollen Lettern. Europa war der bequeme Ausweg aus wachsender Komplexität. Deutschland suchte eine Projektionsfläche für sein diskreditiertes Gemeinschaftsgefühl, Frankreich den Schutz vor Deutschland, und alle suchten sie nach dem Schutz vor sich selbst, vor den eigenen, oft unbändigen Aggressionen der Vergangenheit.

Das gesamteuropäische WG-Prinzip funktionierte: Ob im Berliner Kreuzberg oder in Brüssel, eine Gemeinschaftsküche ist meist ein gutes Argument gegen Mord und Totschlag. Doch als es dann ums Heiraten ging, da stockte das Zusammenleben. Europa, wir?

Mit ihrem Nein zur Verfassung, dem Ehevertrag zwischen Europäern, haben Franzosen und Holländer – stellvertretend für die meisten anderen – Europa um seinen affirmativen Charakter gebracht und es in eine Frage verwandelt: Was ist das Europa, von dem wir träumen? Was macht uns eigentlich zu Europäern?

Das unerwartete Infragestellen macht nervös: Populistische Regierungen torpedieren den Türkei-Beitritt, hysterische Politiker treten das Projekt Europa mit Füßen. Wieder wird Nationalgefühl beschworen, wird das Sentiment eines „christlichen Europas“, das sich gegen Dschihad und Zuwanderung – gegen „die Türken vor Wien“ – zu schützen weiß, aus der Mottenkiste geholt.

Dabei droht die aktuelle Malaise den Blick auf das Geleistete zu verstellen. Erreicht wurde nämlich eine Selbstverständlichkeit alltäglichen Europäertums, die, wie jede alltägliche Selbstverständlichkeit, so leicht zu übersehen ist.

Wer, wie der Autor dieser Zeilen, lange Jahre als „außereuropäischer Ausländer“ in Deutschland gelebt hat, weiß jene kleinen Details zu schätzen, die einen zum Europäer machen: die Reise- und Niederlassungsfreiheit der Europäer, die gegenseitige Offenheit ihrer Arbeitsmärkte, das Recht, überall in der EU frei zu studieren. Wer erleben musste, wie für ihn als einzigen „Ausländer“ wegen eines fehlenden Visums eine Klassenfahrt nach London ins Wasser fiel, der erfährt und begreift in ganz anderer Weise, wie befreiend diese europäischen Alltagslichkeiten sind.

Zu Recht bemängeln viele, dass solche Alltagslichkeiten allein die europäische Zukunft nicht sichern. Gering zu schätzen sind sie dennoch nicht. Vor allem prägen sie gerade das, wonach wir fieberhaft fragen: die europäische Identität unserer Generation.

In Berlin sieht man es besonders eindrucksvoll. Hier entfalten sich europäische Identitäten zu einem furiosen Zusammenspiel. Studenten, junge Akademiker und Künstler leben hier, obwohl sie in England, Spanien oder Polen aufgewachsen sind. Ganz gleich, ob viele von ihnen Arbeit suchen oder ob ihre jungen Karrieren noch un-

gefestigt sind – arbeitslos sind ja in Berlin eh die meisten. Im polyglotten Berlin wächst ein demokratisches Europa zusammen.

Diese unpräzise, neue europäische Alltagsidentität ist die Stärke des Gebildes namens Europäische Union. Auf sie muss man setzen, um die Integration nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch in deren Mitte selbst zu leisten. Kaum jemand wird in Zeiten globaler Unsicherheit den Deutschen, den Franzosen oder den Holländern ihr Streben nach eigener Identität und Abgrenzung streitig machen. Doch noch sind diese nationalen Narrative und Diskurse zu rigide, zu unflexibel und un kreativ, um Bürgern mit Migrationsgeschichte würdige Teilhabe zu

geben. Deutschland ist sinnfälliges Beispiel: Die nationale Mottenkiste voller Vorurteile, Selbststilierungen und Mythen ist gar zu präsent. Kaum sind die Weltfußballspiele vorbei, fällt es einem Türken in Berlin-Neukölln schwer, sich „deutsch“ zu fühlen. Wie wäre es für ihn mit dem Europäersein?

Europäer zu sein, das könnte zu einem Zufluchtsort migrantischer Identitäten werden, die der national empfindenden Mehrheit nicht willkommen sind. So rettet man diese Identitäten vor verzweifelten Reethnisierungsversuchen und gefährlicher Radikalisierung. So bringt man sie dorthin, wo sie hingehören – zurück in das Europa, in dem sie leben. Eine europäische Identität des Alltags, die diesen

Menschen Chancen bietet, sich als Teil eines großen Ganzen zu fühlen, ist ein erster Schritt auf dem Weg zur neuen europäischen Identität, die auf Anerkennung und Respekt auch und gerade gegenüber Migranten basiert. Voraussetzung ist aber, dass wir aufhören, die europäische Identität ausgrenzend zu besetzen. Diese Gefahr steckt in der reflexartigen Reaktion auf „Europa als Frage“.

Europa als christlich oder abendländisch zu definieren, ja aus diesem Grund ganze Länder und Regionen auszugrenzen ist genau das falsche Signal an die migrantischen Europäer. Europa muss integrativ bleiben, um seine Chance in Migrations- und Integrationsdebatten zu nutzen und den Millionen Europäern mit Migrationshintergrund eine hier verankerte, demokratisch ausgerichtete Identität anzubieten. Diese muss auf universellen Werten basieren, zu denen auch gegenseitiger Respekt und Anerkennung, Toleranz und Abschwören von Terror, Gewalt und religiösem Diktat gehören. Und zwar auf allen Seiten.

Gestehen wir es ein: Alle Versuche, integrative Identität nur national zu schaffen, scheitern – in Deutschland, Frankreich, anderswo. Es ist höchste Zeit, unsere letzte und einzige Chance zu nutzen: eine integrative europäische Identität zu gestalten. Hier liegt die richtige Antwort auf die „Frage Europa“.

SERGEY LAGODINSKY wurde 1975 im südrussischen Astrachan geboren und kam 1993 als jüdischer Einwanderer nach Deutschland. Er ist Fellow am Global Public Policy Institute, Berlin.

Europa muss identitätsstiftender Ort für seine Zuwanderer werden

Der Aktienkrach kommt noch

Alan Greenspan hält eine Rezession in den USA für möglich. Er irrt: Sie ist wahrscheinlich



LUCAS ZEISE

War's das? Mit Sicherheit noch nicht. Die wichtigsten Aktienindizes der Welt sind vergangene Woche unter ihren Stand vom Jahreswechsel gefallen. Bisher haben die beiden Abwärtsschübe nur die Volatilität und Nervosität erhöht, nicht aber die Überzeugung vieler Investoren gebrochen, es gehe doch noch weiter aufwärts.

Diese optimistische Grundhaltung hat eine Ursache in den Erfahrungen des letzten Jahres. Von Mai bis in den Sommer hinein herrschte Nervosität an den Kredit- und Aktienmärkten. Fundamental machten den Investoren das langsamere wachsende Wachstum in den USA und die hohe Verschuldung des Landes Sorgen. Die meisten waren dann überrascht von dem gloriösen Kursaufschwung, der an Fahrt gewann und bis zum Februar dieses Jahres dauerte.

Ähnlich könnte es jetzt wieder laufen, denkt der aus Erfahrung klüger gewordene Investor: Mag sein, dass ein weiterer Zitteranfall die Aktienmärkte heimsucht, der ihre Verluste auf 10 oder 15 Prozent ausweitet. Dann aber könnte, vom ermäßigten Niveau aus, der gute alte Aufwärtstrend sich wieder durchsetzen.

Reichlich Opfer im Finanzsektor

Der analoge Schluss von einer Korrektur zur nächsten wirkt auch plausibel, weil die grundlegende Sorge, die den Aktienmarkt erzittern ließ, damals wie heute dieselbe war: Wie schwach wird die US-Wirtschaft? Gibt es eine weiche Landung oder eine Rezession?

Als vor drei Wochen der frühere Chairman der US-Notenbank, Alan Greenspan, eine Rezession in Amerika öffentlich für möglich erklärte, stürzten chinesische Aktien ab. Vorige Woche sorgte die Fast-Pleite einiger im amerikanischen Immobilienmarkt tätiger Finanzinstitute für fallende Kurse. Es schien, dass sich die Immobilienpreisblase in den USA nicht harmlos zurückbilden, sondern mit lautem Zischen auflösen und dabei reichlich Opfer im Finanzsektor fordern würde.

Der Immobilienmarkt gilt schon seit Jahren als die Sollbruchstelle der US-Konjunktur. Seit 2001 hat er in den USA eine neue Rolle über-

nommen: Er dient als Kredit- und Geldschöpfer für das breite Publikum. Die von der Notenbank auf Rekordtiefe gedrückten Zinsen ermöglichten es ganz neuen Schichten, das eigene oder das erst zu erwerbende Haus zu beleihen. Das trieb die Hauspreise hoch, sorgte dabei dafür, dass die Sicherheiten für neue Kredite stiegen, und versetzte die Amerikaner in die Lage, ihren Konsum deutlich stärker zu erhöhen als ihre Arbeitseinkommen. Der Konsumrausch war möglich, ohne dass die Unternehmen nennenswert höhere Löhne zahlen mussten, und er ist bis heute wichtigste Triebkraft der US-Konjunktur.

Leider kann man aus der Tatsache, dass der Immobilienmarkt sich bisher nur etwas verschlechtert hat und dass sich bisher die Schwierigkeiten der Hypothekenfinanzierer auf das Segment schlechter Bonitäten beziehen, nicht schließen, dass dem Markt die Gesundheitschumpfung erspart bleibt. Eher kann man Sonderfaktoren dafür anführen, warum der Immobilienboom länger anhält, als eigentlich zu

in rasantem Tempo zurück. Das ist eine typische Erscheinung, wenn die Kurse wackeln oder sinken, und deutet auch darauf hin, dass die Unternehmen schwächere Nachfrage und Preissetzungsmacht für sich selbst erwarten.

Kurswechsel der Notenbank

Doch haben Konjunktur und Aktienmarkt einen starken Verbündeten. Es ist die US-Notenbank. Wenn die Lage brenzlig wird, wird sie wie während 2001 nicht zögern, die Zinsen zu senken.

Noch machen sich die Notenbanker offiziell mehr Sorgen um die Inflation als um eine drohende Rezession. Das kann sich rasch ändern. Viele Strategen erwarten einen Kurswechsel der Fed noch vor Jahresende. Vermutlich haben sie recht, wenn sie annehmen, dass der heutige Fed-Chairman Ben Bernanke ebenso wenig zögern wird wie Greenspan, mit billigem Geld die Konjunktur vor dem Kollaps zu bewahren. Weniger sicher ist, wie gut die Medizin wirkt. Volkswirtschaften sind keine Maschinen, sondern reagieren wie menschliche Patienten. Auch da nutzen sich Aufputschmittel mit der Zeit ab.

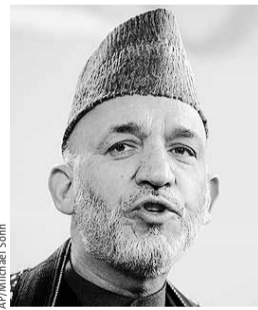
Ein Wort noch zur angeblich gelungenen Abkopplung Europas von der Konjunkturentwicklung in den USA: Das wird sich als leeres, hoffnungsfrohes Gerede erweisen. Wenn die US-Nachfrage tatsächlich zusammenbricht, gibt es viele Wirkungskanäle, die Europa tangieren. Das ist das Bedauerliche an Multiplikatoren: dass sie auch im Abschwung funktionieren. Ein Wirkungskanal ist schon sichtbar. Es ist das Engagement hiesiger Banken und Versicherungen am US-Kreditmarkt. Die Aktien von UBS und Deutscher Bank haben bereits erheblich gelitten, weil sie am US-Kreditmarkt engagiert sind.

Der zweite Wirkungskanal ist das Verhalten hiesiger Manager und Finanzinvestoren. Sie richten sich, wie man am Aktienmarkt sehen kann, an den Verhältnissen in den USA aus. Wenn die Investitionsneigung dort wegen einer Nachfrageschwäche zusammenbricht, rutscht sie auch in Europa ab.

Dritter und bedeutendster Wirkungskanal: Die wichtigsten Lieferanten der USA sind für Europa wichtige Kunden. An den Exportländern Asiens wird ein Ende des US-Verbraucherbooms nicht spurlos vorübergehen. Ihre plötzlich fehlende Nachfrage nach Maschinen wird man auch in Stuttgart spüren.

E-MAIL zeise.lucas@ftd.de

LUCAS ZEISE ist Finanzkolumnist der FTD. Er schreibt jeden Dienstag an dieser Stelle.



AP/Michael Sohn

ZITAT DES TAGES

„Wir haben fast blindes Vertrauen in die Unterstützung der Deutschen“

Hamid Karsai, afghanischer Präsident, bei seinem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Chefredakteur: Steffen Klusmann
Stellvertretende Chefredakteure: Ulf Schlüter, Stefan Weigel

Geschäftsführende Redakteurin: Isabelle Arnold
Chefin vom Dienst: Cosima Jäckel
Art Director: Nils Werner
Bildchef: Peter Raffelt
Infografikchef: Andreas Mohrmann

Nachrichtenchef: Sven Clausen

Ressort Unternehmen: Guido Warlimont (verantwortl.), Jörn Paterak (Stv.); Matthias Lambrecht (IT und Medien), Claus Gorgs (Industrie und Dienstleistungen)
Ressort Politik: Andreas Theyssen (verantwortl.), René Gribnitz (Stv.), Peter Ehrlich (Chefredakteur), Ulrike Sosalla (Deutsche Politik), Olaf Gersmann (Ausland); Wolfgang Proissl (Europapolitik)
Ressort Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart (verantwortl.); Mark Schieritz (Märkte), Jörg Berens (Das Kapital)
Ressort Agenda und Weekend: Dr. Nikolaus Förster (verantwortl.), Christian Baulig (Stv.), Tillmann Prüfer (Stv.); Horst von Buttler (Agenda), Christian Schütte (Kommentar)
Ressort Electronic Media: Dr. Anton Notz (verantwortl.)

Chefökonom: Thomas Fricke
Kolumnist: Lucas Zeise
Beilagen: Volker Bormann

Lektorat: Astrid Froese
Übersetzungen: Matthias Schulz

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredakteur. Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

Verlag Financial Times Deutschland GmbH & Co KG
Geschäftsführer: Christoph Rühl
Anzeigeleiter: Mario Suchert (verantwortl.)
Leiter Vertrieb und Marketing: Thomas Frenzel
Verlagsleiterin Editionen: Julia Erben
Leiterin Marketing: Tanja Madsen
Leiterin PR: Susanne Petersen

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Arne Stück, Düsternstr. 1–3, 20355 Hamburg

Abbestellung: FTD-Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck, Tel.: (+49) 1802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: (+49) 1802/81 82 84*
* € 0,06 pro Anruf bzw. Fax aus dem deutschen Festnetz; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de

Abopreise Inland (inkl. MwSt.): € 35 pro Monat, € 403,20 pro Jahr, Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer

Beschneigung: € 17,50 pro Monat, € 201,60 pro Jahr. Die FTD erscheint bösartig montags bis freitags.

Anzeigenabteilung: Tel.: 040/319 90-278, Fax: -214
E-Mail: media@ftd.de
Anzeigen-/Druckerlagenschluss ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr

Nachdruckrechte/Syndication: Tel.: (+49) 40-319 90-202

Verlag und Redaktion Hamburg
Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg
Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310
Redaktion Frankfurt
Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main
Tel.: 069/15 30 97-0, Fax: -50
Redaktion Berlin
Friedrichstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: 030/220 74-0, Fax: -150

Leserservice: 040/31990-550, wochentl. 10–13/14–17 Uhr, leaserservice@ftd.de

www.ftd.de ISSN 1615-4118

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BZV Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M